



SEITE 2
Gastbeitrag: DGB-Chef Reiner Hoffmann zum 1. Mai
SEITE 3
Gesetz gegen Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen



SEITE 4/5
Katja Mast, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Interview
SEITE 6
Mehr Qualifizierung und Weiterbildung ermöglichen



SEITE 7
Projekt Zukunft: #NeueGerechtigkeit
SEITE 8
Leserumfrage: Ihre/Eure Meinung ist uns wichtig!

GUTE ARBEIT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 2/2016

Auch in Zukunft zusammenhalten

Die SPD-Fraktion legt den Grundstein für ein Solidarprojekt in Deutschland.

Gemeinsam sind wir stark. Diese Redewendung ist so alt wie wahr. Und sie ist immer noch aktuell. Deshalb steht der diesjährige 1. Mai unter dem Motto: „Zeit für mehr Solidarität“.

Es geht um Solidarität zwischen Festangestellten und Leiharbeitnehmern, zwischen Alt und Jung, Starken und Schwachen, zwischen Gesunden und Kranken, Einheimischen und Flüchtlingen. Ein starker handlungsfähiger Staat, der an den richtigen Stellen investiert, sorgt dafür, dass diese Solidarität gelebt werden kann. Dafür hat die SPD-Fraktion in der Koalition gearbeitet: Mindestlohn, Rente nach 45 Versicherungsjahren, Frauenquote, Mietpreisbremse – bei den zentralen Gesetzen der Großen Koalition steht der Zusammenhalt im Mittelpunkt. Es geht darum, den Schwachen den Rücken zu stärken. Weil eine Gemeinschaft immer nur so stark ist, wie ihre schwächsten Mitglieder.

Deshalb haben die Sozialdemokraten in den Beratungen zum Haushalt 2017 jetzt ein milliardenschweres Programm für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Integration durchgesetzt. Ein wichtiger Baustein eines Solidarprojekts für Deutschland. Es sind Investitionen, die allen Menschen in Deutschland zugute kommen – Einheimischen genau wie neu Hinzugekommenen. Insgesamt sind es 5 Milliarden Euro mehr, die in den sozialen Wohnungsbau, den Kita-Ausbau, die aktive Arbeitsmarktpolitik, die Solidarrente und die Integration fließen werden. Die zusätzlichen Mittel seien die richtigen Weichenstellungen für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Carola Reimann. „Vom Ein-



Solidarität mit arbeitenden Frauen: Die SPD-Bundestagsfraktion demonstriert beim diesjährigen Equal-Pay-Day in Berlin.

stieg in das Solidarprojekt profitieren alle: Familien, Kinder, Arbeitssuchende, Rentnerinnen und Rentner und Menschen mit Behinderungen.“

Zusammenhalt fördern

Das Paket sieht vor, die aktive Arbeitsmarktpolitik – also Qualifizierung und Ausbildung – mit zusätzlich 2,2 Milliarden Euro auszubauen. Das soll helfen, Langzeitarbeitslose und Flüchtlinge besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Außerdem schafft die Koalition mehr bezahlbaren Wohnraum. Dafür stockt sie die Mittel für Wohnungs- und Städtebau um 1,3 Milliarden Euro auf. Für den Kita-Ausbau, Sprachkitas und Initiativen gegen Rechtsextremismus werden 2017 450 Millionen Euro bereitgestellt. Ab 2018 werden es 500 Millionen sein.

Dazu kommt eine Milliarde Euro zusätzlich für Sprachförderung und Inte-

grationskurse sowie weitere Integrationsmaßnahmen. Die SPD-Fraktion setzt sich seit langem dafür ein, dass langjährig Beschäftigte eine Mindestrente oberhalb der Sozialhilfe bekommen. Für diese Mindestrente (Solidarrente) werden ab 2017 rund 180 Millionen Euro bereitgestellt, die dann jährlich anwachsen. Teil des Pakets sind auch die Mittel für das neue Bundesteilhabegesetz. Es wird Menschen mit Behinderung besser unterstützen.

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion Christine Lambrecht spricht von einem „ganz wichtigen Schritt zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland. Damit schaffen wir den Einstieg in ein Solidarprojekt, dass sowohl der einheimischen Bevölkerung als auch Flüchtlingen zugute kommt.“ Weil Solidarität nicht nur am 1. Mai wichtig ist. ■

Haushalt 2017: zusätzliche Investitionen

- **Aktive Arbeitsmarktpolitik:** 2,2 Milliarden Euro
- **Wohnungs- und Städtebau:** 1,3 Milliarden Euro
- **Kita-Ausbau, Sprachkitas und Initiativen gegen Rechtsextremismus:** 450 Millionen Euro
- **2017 und 500 Millionen Euro ab 2018**
- **Sprachförderung, Integrationskurse, weitere Integrationsmaßnahmen:** 1 Milliarde Euro
- **Solidarrente:** 180 Millionen Euro ab 2017

Meldungen

Globalen Steuerbetrug bekämpfen

Steuergerechtigkeit und eine faire Finanzierung der öffentlichen Haushalte sind Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen und einen handlungsfähigen Staat. Die SPD-Fraktion setzt sich deshalb seit Jahren gegen Steueroasen und für mehr Transparenz ein. Der Skandal um die sogenannten Panama Papers zeigt, wie dringend der Handlungsbedarf bei diesem Thema ist.

„Geldwäsche und Steuerhinterziehung über anonyme Briefkastenfirmer im Ausland sind ein Schlag ins Gesicht eines jeden ehrlichen Steuerzahlers“, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Um diesen kriminellen Machenschaften endlich einen Riegel vorzuschieben, müssten alle Steueroasen schleunigst trocken gelegt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu ein umfangreiches Maßnahmenpaket mit 20 Punkten vorgelegt. Wichtig ist dabei, dass Deutschland den Kampf gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche nicht nur international und auf europäischer Ebene forciert. Auch national gilt es, entschlossen zu handeln. Deshalb will die SPD-Fraktion Handlanger und Helfershelfer hart sanktionieren. Finanzinstitute, die bei diesen schmutzigen Geschäften geschäftsmäßige Beihilfe leisten, müssen über das Aufsichtsrecht zur Rechenschaft gezogen werden. Zudem will die SPD-Fraktion eine gesetzliche Möglichkeit schaffen, um Banken im letzten Schritt die Banklizenz entziehen zu können. Der Bundesrat hatte hierzu auf Initiative des niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil bereits 2013 einen Gesetzentwurf vorgelegt, den die Union bislang blockiert. Für die SPD-Fraktion ist klar: Mit der Schonfrist für Steuerhinterzieher und deren Handlanger muss nun Schluss sein! ■

www.spdfraktion.de

Zeit für mehr Solidarität

In seinem Gastbeitrag warnt der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann vor der gesellschaftlichen Spaltung.

Die Herausforderungen, vor denen wir nicht nur in Deutschland, sondern in Europa insgesamt stehen, sind immens. Die Gefahren einer wachsenden sozialen, aber auch wirtschaftlichen Spaltung sind unübersehbar. Die Integration von Flüchtlingen, die Steuerung der Einwanderung sind eine große gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Zugleich erhöht sich aufgrund von Globalisierung und einem härteren internationalen Wettbewerb der Druck auf die Beschäftigten. Durch die Digitalisierung hat sich der Druck massiv erhöht: Ständige Erreichbarkeit, Entgrenzung der Arbeitszeiten, zunehmende Arbeitsverdichtung haben zu erheblichen neuen gesundheitlichen Belastungen geführt. Parallel dazu kämpfen wir mit den Folgen der demografischen Entwicklung.

Zusammenhalt ist gefährdet

Statt an innovativen Lösungen zu arbeiten, herrscht in der Politik viel zu viel Streit, Hilflosigkeit und Apathie, nicht nur in Deutschland, in Europa insgesamt. So wird der rigorose Sparkurs der EU in den südeuropäischen Ländern nahezu ungebrochen fortgesetzt. Das, obwohl immer noch 22 Prozent der Jugendlichen in Europa arbeitslos sind. Die zaghafte konjunkturelle Erholung in Südeuropa kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es den Menschen in vielen Ländern schlecht geht und die Armut zum Teil dramatisch steigt. Das birgt enorme soziale Sprengkraft in jedem dieser Länder, und es gefährdet den Zusammenhalt der EU.

Demgegenüber steht Deutschland noch gut da. Aber auch bei uns wächst die Ungleichheit: Der Mindestlohn ist ein Erfolg und die unterste Grenze des Anstandes. Aber Millionen Menschen sind immer noch im Niedriglohnsektor gefangen. Die verfügbaren Einkommen und das Vermögen der reichsten 10 Prozent der Gesellschaft sind gestiegen. Zugleich sind für viele Menschen, die ohnehin wenig verdienen, die Reallohne gesunken. Ein Drittel aller Erwachsenen in Deutschland verfügt über gar kein Vermögen. Nicht wenige



Reiner Hoffmann ist seit Mai 2014 Vorsitzender des DGB.

haben Schulden. Das bedeutet in der Konsequenz auch: Millionen Menschen droht in wenigen Jahren Altersarmut. Auch deshalb ist es höchste Zeit für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik.

Mehr Investitionen in Bildung und Infrastruktur

Die gesellschaftliche Spaltung dringt immer tiefer in den Betrieb vor: Immer öfter missbrauchen Unternehmer Leiharbeit und Werkverträge zum Lohndumping – und führen damit ein Zwei-Klassen-System in Betrieben ein.

Viele Menschen empfinden diese Entwicklung als bedrohlich und als zutiefst ungerecht. Immer öfter suchen sie dafür simple, rechtspopulistische Antworten. Den Rechtsruck beobachten wir schon seit Jahren in Europa, und nun verstärkt auch bei uns. Isolation, Intoleranz und Menschenfeindlichkeit sind aber ein Irrweg, keine Lösung – das müssen wir klar machen.

Wir brauchen dringend mehr Solidarität und mehr Gerechtigkeit. Das bedeutet politisch einen erkennbaren

und glaubwürdigen Kurswechsel: Dazu gehören wesentlich mehr Investitionen in Bildung und in die marode Infrastruktur, und mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau. Wir brauchen wirksame Gesetze, um die Zwei-Klassen-Gesellschaft im Betrieb zu verhindern. Beispielsweise mit einem längst überfälligen Gesetz zur Missbrauchsbekämpfung von Leiharbeit und Werkverträgen. Wer das Gefühl von Ohnmacht bekämpfen will, der sollte auch die Mitbestimmung im Betrieb nach 40 Jahren endlich modernisieren. Mehr Steuergerechtigkeit entsteht mit einer Erbschaftsteuer, einer Vermögenssteuer, einer angemessenen Kapitalertragssteuer, und dringend notwendigen Gesetzen gegen Steuerflucht. Mehr Gerechtigkeit und Solidarität im Betrieb entsteht auch, wenn Arbeitgeber endlich ihre tägliche Tariffucht beenden. Und wer von Europa mehr Solidarität fordert, muss sich selber für eine solidarische Krisenbewältigung einsetzen. Das bedeutet mehr Investitionen und weniger Sparzwang. Es ist: „Zeit für mehr Solidarität“. ■

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 18. April 2016

Herstellung: Network Media GmbH

Redaktion: Stefan Hintermeier, Anja Linnekugel, Alexander Linden, Jasmin Hihat, Gero Fischer

Texte: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von

Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– per Fax: 030/22756800

Leiharbeit: Gesetz gegen Missbrauch muss kommen

Warum es wichtig ist, das Gesetz gegen den Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen jetzt zügig auf den Weg zu bringen.

Warum müssen Leiharbeit und Werkverträge reguliert werden?

Seit einigen Jahren nutzen Arbeitgeber Leiharbeit und Werkverträge, um Lohndumping zu betreiben und Belegschaften zu spalten. Es sind Beschäftigte zweiter und dritter Klasse entstanden: Sie erhalten meistens weniger Lohn, haben schlechtere Arbeitsbedingungen und weniger Rechte. Wenn dauerhaft bestehende Arbeitsplätze mit Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern besetzt und Stammbesetzungen abgebaut werden, ist das ein Missbrauch der Leiharbeit. Ebenso verhält es sich, wenn illegale Werkverträge geschlossen werden und Scheinselbstständigkeit vorliegt, obwohl die Werkvertragsnehmerin oder der -nehmer genauso im Betrieb mitarbeitet wie Festangestellte. Die SPD-Fraktion will Leiharbeit wieder auf ihren eigentlichen Zweck reduzieren: Sie soll Unternehmen helfen, unkompliziert Auftragsspitzen zu bewältigen oder für den vorübergehenden Ausfall von Beschäftigten schnell Ersatz zu finden.

Was sieht der Gesetzentwurf aus dem Bundesarbeitsministerium vor?

Der Gesetzentwurf von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles setzt



Missbrauch bei Leiharbeit führt zu Beschäftigten zweiter und dritter Klasse. Sie erhalten weniger Lohn und haben schlechtere Arbeitsbedingungen als die Stammbesetzung.

die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag eins zu eins um. Dazu gehören unter anderem eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, gleiche Bezahlung nach neun Monaten und das Verbot des Einsatzes von Leiharbeitern als Streikbrecher. Außerdem ein Verbot der Vorratsverleiherlaubnis, eine klare Abgrenzung zwischen abhängiger und selbstständiger Tätigkeit sowie die Stärkung der Informationsrechte der Betriebsräte über die Anwendung von Werkverträgen im jeweiligen Betrieb.

In Bezug auf die Leiharbeit sollen nur Betriebe mit tariflichen Regelungen zur Leiharbeit mehr Flexibilität erhalten. Das stärkt die Tariflandschaft.

Wie geht es weiter?

Andrea Nahles hat den Gesetzentwurf schon vor Monaten vorgelegt, die Union hat ihn seitdem blockiert. Jetzt hat die Union wenigstens den Weg dafür freigemacht, dass das Gesetzgebungsverfahren weiter vorbereitet werden kann. Die SPD-Fraktion drängt darauf, dass das Parlament endlich über den Entwurf beraten kann. ■

Editorial



Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

die SPD-Fraktion hat in der Koalition wichtige Erfolge errungen, die den Beschäftigten zugutekommen. Wir beenden den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen und sorgen für faire Bezahlung. Nachdem die Union endlich ihren Widerstand aufgegeben hat, kann dieses wichtige Projekt von Arbeitsministerin Andrea Nahles jetzt endlich in die weiteren Beratungen gehen. Leiharbeit kann wieder das werden, was sie eigentlich sein soll: Unternehmen können flexibel auf Auftragsspitzen reagieren, ohne dass die Stammbesetzung verdrängt wird. Wir wollen eine Überlassungshöchstdauer und gleiche Bezahlung. Und wir stellen gesetzlich klar, wer Arbeitnehmer ist und verhindern damit die Umgehung des Arbeits- und Sozialrechts durch Werkverträge.

Eine historische Zäsur ist das Integrationsgesetz, das wir jetzt auf den Weg bringen – 50 Jahre nach dem Beginn der Einwanderung nach Deutschland. Nach dem Prinzip Fördern und Fordern ermöglichen wir Flüchtlingen die ersten Schritte in den Arbeitsmarkt bis hin zu einer Perspektive bei erfolgreicher Ausbildung. Mit den Beratungen zum Haushalt 2017 haben wir die finanziellen Weichen gestellt, damit wir Geld für die Integration in den Arbeitsmarkt haben. Mit dem Integrationsgesetz schaffen wir jetzt auch die rechtlichen Voraussetzungen und Rechtssicherheit für alle Betriebe, die ausbilden wollen und für alle Flüchtlinge, die eine Berufsausbildung anstreben. Wir leisten in diesen Zeiten als Gesellschaft einen Kraftakt. Mit dem Solidarprojekt haben wir uns auf ein Programm von mehr als 5 Milliarden Euro pro Jahr für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt verständigt. Das stärkt unser Land und ist ein wichtiges Signal gegen soziale Spaltung. ■

Mindestlohn: Vier Millionen Menschen profitieren



Wer den ganzen Tag hart arbeitet, der soll auch davon leben können. Dafür steht der von der SPD-Fraktion eingeführte gesetzliche Mindestlohn. Die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen: Ob Branchen ohne Schutzstandards, bessere Bezahlung von Frauen oder die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West – der Mindestlohn schafft in vielen Bereichen mehr Gerechtigkeit auf dem

Arbeitsmarkt. Demnach haben vier Millionen Menschen direkt von der Einführung des Mindestlohns in Deutschland profitiert. Das sind mehr als zehn Prozent aller Beschäftigten in Deutschland. Im Durchschnitt erhalten diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 18 Prozent mehr Lohn.

Ostdeutsche profitieren besonders

Besonders wirkt der Mindestlohn in Ostdeutschland: Hier bekommen 22 Prozent der Beschäftigten nun höhere Einkommen. In Westdeutschland sind es knapp neun Prozent.

Außerdem kommt der Mindestlohn vor allem Frauen zugute: Zwei Drittel der Beschäftigten, die jetzt mehr Lohn bekommen, sind weiblich. Der Mindestlohn tut Deutschland insgesamt gut, sagt Bundesarbeitsministerin An-

drea Nahles. „Damit haben wir ein Mindestmaß von Anstand und Fairness gegenüber jedem, der die Ärmel hochkrepelt und versucht, auf eigenen Beinen zu stehen, wieder fest in unserer Gesellschaft verankert.“

Entgegen der Befürchtungen vieler Kritiker hat der Mindestlohn keine Jobs vernichtet, sondern viele Jobs besser gemacht. Insgesamt werden laut Statistischem Bundesamt – unveränderte Arbeitszeiten vorausgesetzt – monatlich 431 Millionen Euro mehr an Bruttolohn ausgezahlt. Das ist auch gut für unsere gesamte Gesellschaft: Es bedeutet mehr Steuereinnahmen für mehr Investitionen, mehr Einnahmen in den Sozialkassen und 50.000 Menschen weniger, die ihr Gehalt mit Arbeitslosengeld II aufstocken müssen. ■



»Bildung und Weiterbildung bedeuten Wohlstand für alle«

Am Arbeitsmarkt gebe es immer noch große Ungerechtigkeiten, sagt Katja Mast, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Im Interview erklärt sie, wie die SPD-Fraktion gegen Missbrauch bei Leiharbeit oder die schlechtere Bezahlung von Frauen vorgeht.

Was bedeutet Ihnen der 1. Mai?

Der 1. Mai ist als Tag der Arbeit natürlich auch für mich Teil unserer langen sozialdemokratischen Geschichte als Arbeitnehmerpartei. Deshalb gehe ich jedes Jahr zur DGB-Veranstaltung in Pforzheim und setze ein Zeichen für Solidarität.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich gut. Es gibt derzeit in Deutschland mehr Beschäftigte als je zuvor. Wozu brauchen wir da noch einen Tag der Arbeit?

Die Lage am Arbeitsmarkt ist sehr gut, das stimmt. Da hat auch die SPD-Fraktion viel zu beigetragen. Und dennoch gibt es weiterhin große Herausforderungen. Die größte Herausforderung ist derzeit, die Menschen, die zu uns kommen, in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Daneben gibt es am Ar-

„Es gibt viel, für das es sich lohnt, am 1. Mai auf die Straße zu gehen.“

beitsmarkt aber auch immer noch große Ungerechtigkeiten: Wenn Menschen im gleichen Betrieb arbeiten und unterschiedlich entlohnt werden, dann ist das ungerecht und muss bekämpft werden. Deswegen will die SPD-Fraktion den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen gesetzlich unterbinden. Wenn Frauen weniger verdienen als Männer, dann ist das ungerecht. Deshalb brauchen wir eine bessere Arbeitnehmerinnenpolitik mit einem Entgeltgleichheitsgesetz. Und auch

wenn Frauen nach ihrer Elternzeit nicht mehr auf ihre Vollzeitstelle zurück können, ist das ungerecht. Deswegen brauchen wir einen Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit. Es gibt also viel, für das es sich lohnt, am 1. Mai auf die Straße zu gehen.

Wann kommt das Gesetz gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen?

Seit Wochen liegt ein Gesetzentwurf von unserer Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles vor, mit dem der Koalitionsvertrag umgesetzt wird. Diesen Punkt hat die SPD-Fraktion im Koalitionsvertrag durchgesetzt, ebenso wie die Einführung des Mindestlohns. Die Union wollte das weder im Wahlkampf, noch im Koalitionsvertrag, noch jetzt in der Koalition. CSU/CDU haben bisher blockiert, dass der Gesetzentwurf ins Parlament kommt. Wir Sozialdemokra-

ten bleiben da hart, denn wir wollen keine zwei oder gar drei Klassengesellschaften im Betrieb. Und wir wollen keine Verdrängung gut mitbestimmter und tarifgebundener Arbeit zu Lasten von schlechten Arbeitsverhältnissen. Wenn CDU und CSU hier vom Koalitionsvertrag abweichen wollen, dann sollen sie auch so ehrlich sein und es den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sagen.

Gerade heute, in unsicheren Zeiten, in der Rechtspopulisten auf Ängste setzen, ist es wichtiger denn je, das Gesetz zur Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen auf den Weg zu bringen. Wir Politiker müssen zeigen: Wir kümmern uns um Eure Probleme, wir machen Politik für alle, und wir kümmern uns um die Integration der Flüchtlinge. Es muss also das Signal des „sowohl als auch“ erkennbar sein. Sonst gewinnen nur die politischen Ränder, die sich weder um Integration noch um Arbeitnehmerrechte kümmern.

Von der guten Arbeitsmarktentwicklung profitieren Langzeitarbeitslose weit weniger als andere. Was tut die SPD-Fraktion für sie?

Wir haben da bereits einiges gemacht, die Arbeitsministerin hat zum Beispiel schon ein Programm zur sozialen Teilhabe am Arbeitsmarkt aufgelegt. Dieses richtet sich an arbeitsmarktferne Personen und fördert Arbeitsverhältnisse. Gleichzeitig haben wir bei diesem Thema einen großen Konflikt mit dem Finanzminister und der CDU/CSU. Gerade für Langzeitarbeitslose mit langer Erwerbslosigkeit und vielen Vermittlungshemmnissen braucht es zusätzlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Hier setzt unser Vorschlag eines sozialen Arbeitsmarkts an, den ich seit Jahren vorantreibe. Indem Arbeit statt Arbeitslosigkeit möglichst im Betrieb finanziert wird, soll eine Antwort auf unser Ziel der Vollbeschäftigung gegeben werden. In Baden-Württemberg, wo ich herkomme, hat das die SPD-Sozialministerin mit viel Erfolg erprobt. Hier wurde deutlich, dass Menschen mit dem sogenannten Passiv-Aktiv-Transfer endlich Arbeit bekommen, die bisher keine dauerhaften Angebote bekommen haben. Wir haben die Pflicht

„Wir wollen keine zwei oder gar drei Klassengesellschaften im Betrieb“

als Arbeitspartei, auch jenen Arbeit zu organisieren, die ohne Hilfe keine bekommen würden. Denn Arbeit ist Teilhabe für die Langzeitarbeitslosen selbst, aber auch für ihre Kinder. Leider

„Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“

verweigert sich die Union diesem Ansatz standhaft.

Was für Jobs sind es, die so öffentlich gefördert werden können?

Das können ganz unterschiedliche Jobs sein. Ich habe Menschen kennengelernt, die Gärtner- und Hausmeister-tätigkeiten übernommen haben. Ich habe aber auch jemanden kennengelernt, der bei einem Weiterbildungsträger Seminare gegeben hat und hinterher auch eine Festanstellung bekommen hat. In der Regel geht es um Jobs im ersten Arbeitsmarkt. Der Arbeitgeber bekommt einen Zuschuss für die Zeit, in der der Langzeitarbeitslose eben nicht so leistungsfähig ist wie jemand, den man normalerweise am ersten Arbeitsmarkt einstellen würde.

Ein weiteres großes Thema ist die berufliche Qualifizierung und Weiterbildung. Warum ist es so wichtig?

Gerade mit Blick auf die Digitalisierung, Globalisierung und den Fachkräftebedarf brauchen wir noch mehr Qualifizierung in der Arbeitswelt – und

zwar über die gesamten Lebensphasen hinweg. Bildung und Weiterbildung bedeuten Wohlstand für jeden Einzelnen und sind im Kern das alte Versprechen der Arbeiterbewegung, für eine bessere Zukunft zu kämpfen. Und heute brauchen wir darauf neue Antworten. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir künftig nicht mehr nur eine Bundesagentur für Arbeit, sondern eine Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung brauchen. Und wir müssen die Arbeitslosen- zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die die Beschäftigungsfähigkeit ein Leben lang erhält und ausbaut.

Im Bundestag diskutieren wir gerade das Weiterbildungsstärkungsgesetz. Es ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Arbeitsversicherung. Damit führen wir eine Weiterbildungsprämie ein, die auch unsere Kolleginnen und Kollegen von den Gewerkschaften schon lange fordern. Und wir verbessern die Möglichkeiten, Weiterbildung in klein- und mittelständigen Unternehmen oder in Transfergesellschaften zu fördern. Außerdem wollen wir, dass jeder und jede eine Ausbildung abschließt. Mit diesem Gesetz kommen wir in diesem Punkt einen großen Schritt weiter, indem wir Menschen, die noch nicht über einen Berufsabschluss verfügen, diesen aber gerne nachholen würden, eine Förderung zum Erwerb notwendiger Grundkompetenzen ermöglichen. Das ist Zukunftspolitik, die die SPD-Bundestagsfraktion hier vorantreibt.

Der Prozess der Digitalisierung der Arbeitswelt – Stichwort Arbeit 4.0 – ist in vollem Gange. Wie lässt er sich politisch gestalten?

Die Digitalisierung hat schon längst alle Lebensbereiche erreicht. Das ist

erstmal nichts Negatives, sondern darin liegen große Chancen. Aber nur wenn wir diese gestalten und nutzen. Beim derzeit laufenden Dialogprozess

„Politik kann die Digitalisierung gestalten, wenn sie handelt“

Arbeiten 4.0. des Bundesarbeitsministeriums geht es um die Frage, wie wir die Chancen der Digitalisierung nutzen und dabei die Risiken in der Arbeitswelt verringern können. Auch hier liegt der Schlüssel in der Qualifizierung und Weiterbildung. Klar ist: Es wird künftig immer weniger Jobs auf Hilfsarbeiter-niveau geben. Dafür immer mehr Jobs, in denen man hochwertigeren Tätigkeiten nachgeht und deswegen seine Qualifikation regelmäßig erneuern muss.

Das Thema Arbeit 4.0 wird nicht zuletzt mit Arbeitsplatzverlusten in Verbindung gebracht...

Dazu gibt es unterschiedliche Studien mit gegensätzlichen Aussagen. Ich habe keine Glaskugel und es wird vieles geforscht. Grundsätzlich bin ich eine Zukunftsoptimistin. Politik kann die Digitalisierung gestalten, wenn sie handelt. Dann schaffen wir es, dass Chancen die Risiken dominieren. Gerade die Gewerkschaften gestalten den Prozess der Digitalisierung intensiv mit und zwar in der Industrie ebenso wie im Dienstleistungsbereich. Zentral wird auch sein, wie wir die Mitbestim-

mung zukunftsfest machen. Nach dem Grünbuch Arbeiten 4.0 wird deshalb auch am Weißbuch Arbeiten 4.0 – also an Antworten zur Digitalisierung – im Bundesarbeitsministerium gearbeitet.

Die großen Projekte aus dem Koalitionsvertrag sind im Feld der Arbeitsmarktpolitik abgearbeitet. Was ist darüber hinaus in dieser Legislaturperiode geplant?

Es gibt noch große Projekte – auch wenn sicherlich die Einführung des Mindestlohns das historischste Projekt war und schon abgearbeitet ist. Darauf können wir Sozialdemokraten zu Recht stolz sein. Es kommt noch das Bundes-teilhabe-gesetz, mit dem wir die Teilhabe von Menschen mit Behinderung besser organisieren. Außerdem haben

„Die SPD-Fraktion treibt Zukunftspolitik voran“

wir uns in der Rentenpolitik noch einiges vorgenommen, zum Beispiel die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge, die solidarische Lebensleistungsrente, die Angleichung der Rente in Ost und West. Und ganz wichtig: das schon angesprochene Rückkehrrecht von befristeter Teilzeit auf Vollzeit. Das mag nach einem Detail klingen, ist für ganz viele Frauen aber enorm wichtig. Außerdem kämpfen wir weiter für das Entgeltgleichheitsgesetz, das heißt: Es bleibt noch viel zu tun – und es bleibt spannend! ■



Katja Mast sieht in der Digitalisierung vor allem Chancen, wenn die Politik den Prozess gestaltet.

Zur Person

Seit Januar 2014 ist Katja Mast die Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales.

Damit ist sie Gesicht und Stimme der Fraktion in der Arbeits- und Sozialpolitik. Katja Mast ist zudem Vorsitzende der Landesgruppe Baden-Württemberg und vertritt seit 2005 ihren Wahlkreis Pforzheim in Berlin.

Neben dem Ausschuss für Arbeit und Soziales ist sie auch stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss. ■

Meldungen

Gute Arbeit – auch in der Wissenschaft

Der Befristungsmissbrauch in der Wissenschaft wird eingedämmt – dank erfolgreichem Einsatz der SPD-Bundestagsfraktion.

Derzeit sind rund 80 Prozent aller jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an deutschen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen befristet beschäftigt. 50 Prozent von ihnen haben einen Arbeitsvertrag mit einer Laufzeit von unter einem Jahr. Arbeitsverträge in Drittmittelprojekten sind oft sehr viel kürzer als die Bewilligungszeiträume der entsprechenden Drittmittel.

Kurz: Die Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs in Deutschland sind in vielen Fällen prekär. Eine Karriere in der Wissenschaft wird für junge Menschen immer unattraktiver.

Die Mitte März in Kraft getretene Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) soll das ändern. Mit der Reform unterbindet die Koalition zukünftig unsachgemäße Kurzverträge. Sie dämmt prekäre Beschäftigungsverhältnisse für viele der 200.000 beschäftigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und zahlreiche weitere Beschäftigte an deutschen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein. ■



Das Thema Weiterbildung wird auf dem Arbeitsmarkt immer wichtiger.

Koalition stärkt Weiterbildung

Die Koalition will mehr Weiterbildung fördern und Aufstiegschancen ermöglichen.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland entwickelt sich gut. Allerdings profitieren davon gering Qualifizierte, Langzeitarbeitslose oder ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger als andere. Ein Grund dafür: Die Anforderungen an die Qualifikation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern steigen. Ein Trend, der sich durch die Digitalisierung noch verstärken wird. Die Frage nach Aus- und Weiterbildung wird deshalb immer wichtiger. Wie qualifizieren wir Menschen so gut wie möglich? Wie können die Arbeitsagenturen die Aus- und Weiterbildung besser fördern?

Mit dem Arbeitslosenversicherungsschutz- und Weiterbildungsstärkungsgesetz will die Koalition die Grundlage für eine bessere Förderung der Weiterbildung legen. Der Bundestag hat den Gesetzentwurf jetzt in erster Lesung beraten.

„Der Gesetzentwurf bringt neuen Schwung in die Arbeitsmarktpolitik“, sagt Michael Gerdes, Mitglied der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion. Arbeitsförderung der Zukunft bedeute: „Beschäftigungsfähigkeit sichern, und das geht nicht ohne Bildung, Auffrischung und Erweiterung des eigenen Könnens.“

Beschäftigungsfähigkeit sichern

„Der Gesetzentwurf bringt neuen Schwung in die Arbeitsmarktpolitik“, sagt Michael Gerdes, Mitglied der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion. Arbeitsförderung der Zukunft bedeute: „Beschäftigungsfähigkeit sichern, und das geht nicht ohne Bildung, Auffrischung und Erweiterung des eigenen Könnens.“

Wichtig ist für die SPD-Fraktion: Wer sich in seinem Beruf weiterqualifizieren will, soll dabei bestmöglich gefördert werden. Wer noch keine Berufsausbildung hat, der soll so gut wie möglich dabei unterstützt werden, eine Ausbildung abzuschließen.

Prämien für Abschlüsse

Der Entwurf sieht deshalb unter anderem vor, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer stärker zu einer Weiterbildung mit Berufsabschluss motiviert werden. Sie sollen Prämien von 1.000 Euro für bestandene Zwischenprüfungen und 1.500 Euro für bestandene Abschlussprüfungen erhalten. Damit will die Koalition einen Anreiz setzen, eine begonnene, abschlussbezogene Weiterbildung auch zu beenden.

Außerdem verfügen Menschen, die keinen Berufsabschluss haben, oft auch nicht über Grundkompetenzen, insbesondere in den Bereichen Lesen, Schreiben und Rechnen. Deshalb sollen Arbeitsagenturen und Jobcenter die Vermittlung von Grundkompetenzen künftig fördern, damit eine Weiterbildung erfolgreich durchgeführt werden kann.

Außerdem soll die Arbeitsagentur die Weiterbildung von Beschäftigten unter 45 Jahren in kleinen und mittelständischen Unternehmen mitfinanzieren, auch wenn die Qualifizierung außerhalb der Arbeitszeit stattfindet.

Für die SPD-Fraktion ist das Gesetz nur ein erster Schritt. Langfristig will sie die Bundesagentur für Arbeit hin zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung entwickeln. Die Arbeitslosen- soll zu einer Arbeitsversicherung umgestaltet werden – mit dem Ziel, die Beschäftigungsfähigkeit lebensphasenorientiert zu erhalten und auszubauen, damit einmal erworbenes Wissen nicht verfällt. ■

Meister-BAföG: Beruflichen Aufstieg fördern

Der Bundestag hat Ende Februar einstimmig die Ausweitung des „Meister-BAföG“ (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, AFBG) beschlossen. Die Reform soll die berufliche Bildung stärken und die Durchlässigkeit aus der akademischen Bildung in die berufliche Aufstiegsfortbildung ausbauen. Dafür hatte sich die SPD-Fraktion bereits in den Koalitionsverhandlungen stark gemacht.

Ab August 2016 können sich damit mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer über deutlich höhere Zuschüsse und Freibeträge bei ihrer Fortbildung zum Meister, Techniker und Fachwirt freuen. Die Novelle hat insgesamt ein Jahresvolumen von rund 90 Millionen Euro. Damit ist sie die größte Ausweitung des Meister-BAföG seit 2002.

„Meister so wichtig wie Master“

Auch strukturell werden mit der Reform wichtige Modernisierungen vorgenommen. So können zukünftig zum Beispiel Bachelor-Absolventen und Studienaussteiger Zugang zur Meisterförderung erhalten. Durch eine sachgerechte Pauschalierung und eine Reduzierung bürokratischer Hürden werden unter anderem Karriereperspektiven in den Sozialberufen mit dualem Ausbildungssystem gestärkt. Zudem müssen die Bundesländer wie bereits beim Bafög bis zum 1. August 2016 auch eine elektronische Antragstellung ermöglichen. Die Mindestvorlaufzeitdauer für eine Förderung für Ausländer mit bestimmten Aufenthaltstiteln wird von vier Jahren auf 15



Künftig gibt es deutlich höhere Zuschüsse für Fortbildungen zum Meister oder Fachwirt.

Monate verkürzt. „Die nun verabschiedete Reform zeigt: Wir halten unsere Zusagen aus dem Koalitionsvertrag von 2013 ein“, betont der stellvertretende

SPD-Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil. „Meister sind der SPD-Bundestagsfraktion genauso wichtig wie ein Master.“ ■

Wir sollten über die Zukunft sprechen!

In sechs Projekten sucht die SPD-Fraktion nach Antworten auf die Fragen von morgen – in einem breit angelegten Dialog. An dieser Stelle zeigen wir, wie die Projekte laufen. (Folge 2/2)



Projektleiter Karamba Diaby im Gespräch mit Jugendlichen.

#NeuesMiteinander

Wie gelingt Integration? Wie gestalten wir das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft? Die Projektgruppe #NeuesMiteinander ist mit ihren Fragen am Puls der Zeit. Themen wie kulturelle und religiöse Vielfalt, Integration, Flüchtlinge und Einwanderung stehen derzeit im Zentrum der öffentlichen Debatte.

„Gerechtigkeit bedeutet, dass alle Menschen an der Gesellschaft teilhaben können, unabhängig davon, ob sie schon lange hier leben oder gerade erst angekommen sind“, sagt Karamba Diaby, der die Projektgruppe gemeinsam mit Matthias Bartke leitet. Die Projektgruppe nimmt dafür die mittel- und langfristigen Herausforderungen in den Blick und entwickelt tragfähige Konzepte für die Zukunft. Viele Bürgerinnen und Bürger, Expertinnen und Experten und Multiplikatoren aus der Zivilgesellschaft wollen dazu mit Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion diskutieren. Auch zahlreiche Online-Beiträge geben den SPD-Abgeordneten immer wieder neue Impulse. Besonders spannend waren für die Mitglieder der Projektgruppe die Diskussionen mit dem Jungen Beirat des Projekts Zukunft #NeueGerechtigkeit. Die Jugendlichen beeindruckten durch ihr Engagement, sie waren mit Konzentration bei der Sache und brachten viel Fachkenntnis mit.

Zwei Dialogpapiere hat die Projektgruppe bisher vorgelegt. Eins zum

Thema Integration und eins zum Thema Einwanderungsgesellschaft. Bis zur Sommerpause werden die Mitglieder auf zwei öffentlichen Dialogveranstaltungen weiter diskutieren. ■

#NeueLebensqualität

„Wir arbeiten daran, dass alle Menschen die Chance auf ein gutes Leben mit hoher Lebensqualität haben“, sagt Marina Kermer. Sie leitet das Projekt #NeueLebensqualität zusammen mit Carsten Träger. Ein gutes Leben bedeutet dabei erstmal für jeden und jede etwas anderes. Die Projektgruppe konzentriert sich deshalb auf drei Kern-

bereiche: Ernährung, Gesundheitsförderung und das Leben im sozialen Quartier. Konkret: Wie ermöglichen wir allen Menschen eine gesunde, nachhaltige Ernährung, ohne sie zu bevormunden? Wie etablieren wir die Gesundheitsförderung in den Lebenswelten der Menschen? Und wie machen wir die Quartiere wieder zu so-

Diskutieren sie mit!
zukunfts Ideen.spdfraktion.de



Die Projektleiter Marina Kermer (mitte) und Carsten Träger (1.v.li.) auf einem Dialogforum.



Projektleiter Martin Rosemann diskutiert mit Betriebsräten über neue Arbeitszeitmodelle.

#NeueZeiten

Smartphone, Internet und Home-office verändern einzelne Arbeitsplätze und ganze Berufe. Die ständige Erreichbarkeit wird von Vielen als Druck empfunden, die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verwischen. Gleichzeitig entstehen aber auch neue Freiräume, um Familie, Pflege und Beruf partnerschaftlich besser miteinander zu vereinbaren.

Das Projekt #NeueZeiten fragt nach einer neuen Balance zwischen beruflicher Flexibilität und ausreichend Planbarkeit für Privatleben und Familie.

Mit Fachleuten aus Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Familienverbänden diskutiert die Projektgruppe unter der Leitung von Martin Rosemann und Ulrike Bahr seit letztem Herbst über moderne Arbeitszeitmodelle, eine bessere soziale Absicherung von (Solo-)Selbstständigen und die Frage, wie die Menschen wieder mehr Zeit für ehren-

amtliches Engagement bekommen. Die zentralen Punkte der Diskussionen hat die Projektgruppe in drei Dialogpapieren zusammengefasst. Zahlreiche Rückmeldungen gehen dazu derzeit ein. Wie richtig die Fragen sind, zeigte sich auch im Februar bei der Betriebsrätekonferenz der SPD-Fraktion in Berlin. Zahlreiche Betriebsräte diskutierten dabei mit den Projektleitern über ihre Erfahrungen und Konflikte um neue Arbeitszeitmodelle und eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Die Projektgruppe wertet jetzt die Reaktionen und Rückläufe der Dialogpapiere aus. Besonders interessante Punkte sollen bei Expertengesprächen und Dialogforen weiter diskutiert werden. Im Sommer wird es ein Ergebnispapier geben, das dann in die Fraktionsarbeit eingeht. ■

zialen Orten? Zu diesen Fragen veranstalten drei Untergruppen seit letztem Herbst Workshops und diskutieren mit Fachleuten und Bürgerinnen und Bürgern. Und die bringen neue Stimmen, neue Themen und neue Perspektiven in den Dialogprozess – und damit einen enormen Gewinn für die Arbeit der SPD-Parlamentarier.

Die Ergebnisse der Workshops finden sich daher auch in den drei Dialogpapieren der Projektgruppe: „Gutes Essen, gutes Gewissen für alle“, „Gesunder Start ins Leben für alle – Gesundheitsförderung ressortübergreifend gestalten“ und „Gutes Leben beginnt im sozialen Quartier“. Das zweite Papier hat die Projektgruppe gerade veröffentlicht. Der Dialogprozess geht weiter. Die Projektgruppe lädt alle Interessierten ein, die Papiere mitzudiskutieren. Die Ergebnisse werden direkt in die Arbeit der SPD-Fraktion einfließen. ■

Eure/Ihre Meinung ist uns wichtig!

Liebe Leserinnen und Leser,

wir bitten um Eure/Ihre Meinung zu unserer Arbeitnehmerzeitung „Gute Arbeit“. Mithilfe dieser Leserbefragung möchten wir erfahren, wie wir die Zeitung weiter verbessern können. Als **Dankeschön** verlosen wir eine **Einladung zum Sommerfest** der SPD-Fraktion am 4. Juli 2016 in Berlin für zwei Personen (inkl. Reisekosten), **10 Exemplare „Die SPD im Deutschen Bundestag**. Der Bildband zur Geschichte der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion 1949–2009“ und **10 USB-Sticks**.

1. So habe ich die aktuelle Ausgabe der Zeitung „Gute Arbeit“ erhalten

- persönlich per Post an meine Privat- oder betriebliche Adresse
- per Post an unseren Betriebsrat
- verteilt oder als Auslage in unserem Betrieb
- verteilt oder als Auslage bei einer Veranstaltung
- als PDF-Download von der Homepage der Bundestagsfraktion

2. Insgesamt bewerte ich die Zeitung „Gute Arbeit“ mit der Schulnote

(sehr gut 1, gut 2, befriedigend 3, ausreichend 4, mangelhaft 5)

3. „Gute Arbeit“ erscheint mit 7 Ausgaben jährlich

Ich lese pro Jahr in

_____ gedruckten Ausgaben _____ ePaper-Ausgaben (PDFs)

4. Normalerweise lese ich in einer Ausgabe

- die meisten der Beiträge
- etwa die Hälfte aller Beiträge
- nur wenige Beiträge

5. Außer mir lesen in meinem Exemplar von „Gute Arbeit“

zumeist _____ Personen

6. So nutze ich die Zeitung „Gute Arbeit“

	trifft voll zu		trifft nicht zu	
Durch „Gute Arbeit“ wird mir die Politik der SPD-Bundestagsfraktion verständlich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
„Gute Arbeit“ liefert mir Argumente und Hilfestellungen für die eigene Arbeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich hebe ganze Ausgaben oder einzelne Beiträge aus „Gute Arbeit“ auf	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Über Beiträge in „Gute Arbeit“ spreche ich mit meinen Kollegen/Kolleginnen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Wenn ich die Zeitung mit Gegensatzpaaren beschreiben soll, dann ist „Gute Arbeit“

glaubwürdig	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	unglaubwürdig
aktuell	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	nicht aktuell
kompetent	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	nicht kompetent
abwechslungsreich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	eintönig
lesernah	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	leserfern
verständlich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	nicht verständlich

8. Bei den Inhalten sind mir

	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
fundierte, längere Beiträge	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
prägnante, kürzere Beiträge	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grafiken und Schaubilder	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. So beurteile ich die Gestaltung der Zeitung „Gute Arbeit“

	trifft voll zu		trifft nicht zu	
Das Layout ist modern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Seiten sind übersichtlich gestaltet	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Farbigkeit ist ansprechend	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Das Text-Bild-Verhältnis ist ausgewogen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Fotos sind aussagekräftig	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Schrift ist gut lesbar	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Wenn ich „Gute Arbeit“ nicht mehr lesen könnte, würde ich die Zeitung vermissen

- sehr stark
- stark
- weniger stark
- gar nicht

11. Folgende weitere Informationsangebote der SPD-Bundestagsfraktion nutze ich

	häufig	ab und zu	selten	unbekannt
Faltblätter und Broschüren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
„Fraktion intern“	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Email-Newsletter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Homepage der Fraktion	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Facebook-Profil	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Fragen zur Person

Ich bin männlich weiblich Mein Alter: _____ Jahre

13. Folgende Funktion(en) übe ich aus

- Mitglied eines Betriebsrats / Personalrats
- Mitglied einer Gewerkschaft
- Mitarbeiter(in) einer Gewerkschaft
- Sonstige(r) Interessenvertreter(in)
- Mitglied der SPD
- Funktions- oder Mandatsträger/in in der SPD
- andere _____

14. Das wollte ich zu „Gute Arbeit“ auch noch mitteilen:

Danke für die Mithilfe!

Bitte sendet/senden Sie den ausgefüllten Fragebogen bis zum **23. Mai 2016** an:

WIP – Wissenschaftliches Institut
für Presseforschung GbR
Essener Straße 28
51145 Köln

Alternativ kann der Fragebogen auch online ausgefüllt werden unter:
<http://presseforschung.de/gutearbeit>

Teilnahme

Wenn du/Sie an der Verlosung teilnehmen möchtest/n, gib/geben Sie bitte hier deine/Ihre Adresse an.

<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name, Vorname	PLZ, Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße, Hausnummer	E-Mail-Adresse

Durch Angabe deiner/Ihrer Daten willigst du/willigen Sie in die Speicherung der Daten bei der „Wissenschaftliches Institut für Presseforschung“ GbR Köln zum alleinigen Zwecke der Durchführung der Verlosung ein. Nach Durchführung der Verlosung werden die Daten gelöscht. Deine/Ihre Antworten werden von deinen/Ihren Kontaktdaten getrennt und nicht gemeinsam gespeichert oder ausgewertet. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.